

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
10/2014*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Am 16. Oktober ist der Nationalrat zu einer weiteren Sondersitzung zusammengekommen. Thema war dieses Mal die Reform des Bundesheeres. Auf den folgenden Seiten findet Ihr daher neben Informationen zu meiner Arbeit im Parlament eine gute Zusammenfassung des Reformkonzepts durch die Presse- und Rechercheabteilung des SPÖ-Klubs.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

REFORMKONZEPT ÖSTERREICHISCHES BUNDESHEER

Die Ausgangslage:

Unter ÖVP-Finanzministern musste das Bundesheer in den letzten zehn Jahren drastische Budgetkürzungen in Kauf nehmen. Gleichzeitig belasten teure Prestige-Projekte aus der schwarz-blauen Regierungszeit wie der Eurofighter-Kauf und dessen Betrieb das Heeres-Budget. Auch die Reform des Grundwehrdienstes kostet 30 Mio. Euro im Jahr. Außerdem stehen Erneuerungen in der Fahrzeug- und Hubschrauberflotte an.

Der Generalstab hat deshalb im Auftrag von BM Gerald Klug ein Reformkonzept erarbeitet, damit das ÖBH auch in Zukunft seine ureigensten Aufgaben der Landesverteidigung und des Katastrophenschutzes erfüllen kann. Das Konzept soll Einsparungen bei Personalaufwand, laufendem Betrieb und Sachaufwand von jährlich 200 Mio. Euro bis zum Jahr 2018 bringen.

BM Klug verhandelt nun mit dem Koalitionspartner die Details des Reformkonzepts. Klar ist: Die Umsetzung sollte aus budgetären Gründen rasch starten.

Das Reformkonzept:

Das ÖBH soll sich auf die **militärisch einsetzwahrscheinlichen Aufgaben** konzentrieren: Luft-raumüberwachung, Katastrophenhilfe, sicherheitspolizeiliche Assistenz, Cyber Defence, Auslandseinsätze.

Sparmaßnahmen:

- Die Organisation wird verkleinert und Kleinstkasernen geschlossen.
- Der Anteil schwerer Waffen wird reduziert.
- Logistik und Ausbildung werden an den verringerten Bedarf angepasst.
- Beim Personalaufwand wird gekürzt.

Die Maßnahmen:

- Bei den Waffengattungen ist eine Konzentration auf die Infanterie, die Spezialeinsatzkräfte, die Pioniere und ABC-Abwehrtruppen geplant.
- Redimensionierung der schweren Waffengattungen (Panzer, Artillerie, Fliegerabwehr) auf einen „Rekonstruktionskern“.
- Deutlich gestärkt wird die Miliz – bis 2018 sollen 12 zusätzliche Milizkompanien aufgestellt werden.
- Wehrdienstreform wird fortgesetzt.
- Erhalten werden die 3 Pionierbataillone und am jeweiligen Standort zu Kompetenzzentren ausgebaut. (Villach: Brückenbau; Graz: Gebirgsbeweglichkeit; Melk: Wasserbeweglichkeit)

- Siebe Kleinkasernen werden geschlossen und verkauft.
- Schlankere Verwaltung: Minus 15 Prozent Arbeitsplätze im Ministerium, bei den Kommanden und in den Ämtern. (Bis 2018 1.400 Personen weniger beschäftigt – keine Kündigungen, sondern Nicht-Nachbesetzungen)

Argumente:

- **Das Heer kann auch künftig seinen verfassungsmäßigen Aufgaben der militärischen Landesverteidigung nachkommen.** Militärische LV sieht 2014 anders aus als vor 20, 30 Jahren, wo es um Flächenverteidigung ging. **Heutige Bedrohungsszenarien** müssen auf den Schutz kritischer Infrastruktur, ABC-Abwehr, Cyber-Defence abstellen.
- **Mit dem Konzept erfüllt das ÖBH die Auflagen, die sich aus der Sicherheitsstrategie ergeben und in der geänderte Bedrohungsszenarien auch berücksichtigt sind.** (Die Sicherheitsstrategie 2013 wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ, TS beschlossen)
- **Schwere Waffen** werden zwar **reduziert**, allerdings nur so, dass sie bei geänderter Bedrohungslage **wieder aufgerüstet werden können.**
- Die **Katastrophenhilfe und die Einsatzfähigkeit z.B. bei Terroranschlägen ist gesichert.** – Aktuell stehen 12.500 SoldatInnen als Sofortmaßnahme für Katastrophenhilfe zur Verfügung.
- Die **Kürzung bei den Auslandseinsätzen als Sparmaßnahme** - wie von der ÖVP vorgeschlagen – ist **nicht sinnvoll.** Österreich würde damit seinen international hervorragenden Ruf in diesem Bereich aufs Spiel setzen. Auch die von SPÖ und ÖVP beschlossene **Sicherheitsstrategie gibt vor**, dass mindestens 1.100 SoldatInnen für Auslandseinsätze bereitzuhalten sind.
- Sonderinvestitionen: **Für die Luftraumüberwachung und die Modernisierung der Hubschrauberflotte braucht das ÖBH zusätzliches Geld.** Bis 2020 sind die Saab105-Flugzeuge ausgemustert. Es braucht eine Entscheidung über die Nachfolgegeräte zur Luftraumüberwachung. Auch die Aloutte III-Hubschrauber müssen in den nächsten Jahren ersetzt werden.
- BM Klug hat in persönlichen Gesprächen mit den Landeshauptleuten sein Konzept dargelegt. Es ist in sich schlüssig – einzelne Maßnahmen herauszulösen, ist deshalb nicht sinnvoll.
- Kasernenschließungen sind für Regionen schmerzlich. **Kasernen können aber nicht standortpolitische Aufgaben übernehmen.**
- Das Konzept entspricht auch den **Empfehlungen des Rechnungshofes aus 2012** in Hinblick auf Kasernenschließungen und Kürzungen bei der Militärmusik.

Änderungen/Reduzierungen in den Bundesländern:

NÖ: Kaserne HORN, Kaserne KLOSTERNEUBURG (MRB vorhanden), Militärmusik, Militärrealgymnasium, Bundesfachschiule für Flugtechnik, Umwandlung Panzerbataillon 33 in ein Jägerbataillon

B: Militärmusik

OÖ: Übersiedeln der Stellungsstraße LINZ in eine andere Liegenschaft in ÖO (und damit Freiwerden des Amtsgebäudes [AG] Garnisonsstraße), Kaserne FREISTADT, Kaserne LINZ/EBELSBURG (MRB vorhanden)

S: Kaserne TAMSWEG, Militärmusik, Fliegerabwehrbataillon (FIAB) 3

ST: Militärmusik, Kaserne FEHRING (MRB vorhanden), Kirchnerkaserne GRAZ (MRB vorhanden), Versorgungsbataillon (Miliz)

K: Kaserne BLEIBURG, Hubschrauberstützpunkt Klagenfurt (MRB vorhanden)

T: Kaserne SCHWAZ/VOMP (inkl. Hubschrauberstützpunkt), Franz Josefs Kaserne LIENZ (MRB vorhanden)

V: Militärmusik

„Benefits“ in den Bundesländern

W: Stärkung der Miliz; Militärmusik und Anzahl der Verbände bleibt erhalten; Bildung Militärhochschule, Cyber Defence Center

NÖ: Stärkung der Miliz; Anzahl der Verbände bleibt erhalten; Stärkung TherMilAk (trotz Schließung Militärrealgymnasium) durch eine Zentralisierung der gesamten Offiziersausbildung mit Ausnahme des Generalstabslehrganges

B: Anzahl der Verbände bleibt erhalten, Aufwertung der Heerestruppienschule, Beibehalten der Milizstrukturen

OÖ: Stärkung der Miliz; Militärmusik und Anzahl der Verbände bleibt erhalten; Aufwertung Heereslogistikzentrum (HLogZ) WELS (Kompetenzzentrum „LEOPARD“)

S: Stärkung der Miliz; Aufwertung HLogZ, Internationalisierung Gebirgskampfzentrum; Aufgabenerweiterung Pionierbataillon 2 (PiB2) (COLPRO-Schutzzelte)

ST: Stärkung der Miliz und Anzahl der Verbände bleibt erhalten

K: Stärkung der Miliz; Militärmusik und Anzahl der Verbände bleibt erhalten; Aufwertung HLogZ

T: Stärkung der Miliz; Militärmusik und Anzahl der Verbände bleibt erhalten;

V: Keine Kürzungen außer Militärmusik (7 Bedienstete)

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[TTIP - Muttonen rät Kogler: Lieber die Regierung bei Ablehnung des Investorenschutzes unterstützen als Unwahrheiten zu verbreiten](#) (10.10.2014)

[Muttonen/Kucharowits: Friedensnobelpreis an Malala und Satyarthi wichtiges Signal für Bildung, Kinderrechte und Mädchenförderung](#) (10.10.2014)

[Cap/Muttonen: Sechs Parteien-Entschließungsantrag fordert Schutz vor IS-Terror und Möglichkeit zur Selbstverteidigung für Kobane](#) (09.10.2014)

[Muttonen: Internationale Staatengemeinschaft muss Kurden helfen, um humanitäre Katastrophe zu verhindern](#) (09.10.2014)

[Ukraine - Muttonen: Vermittlungsinitiative des Bundeskanzlers ist aktive Neutralitätspolitik](#) (01.10.2014)

[Muttonen zu Kogler: Position der SPÖ zu Freihandelsabkommen ist glasklar](#) (30.09.2014)

[Muttonen: SPD-Gabriel lobt österreichischen Beschluss zu CETA und TTIP](#) (26.09.2014)

[Muttonen zum Internationalen Tag der vollständigen nuklearen Abrüstung: Atomwaffenfreie Welt jetzt!](#) (25.09.2014)

SPÖ-Enquete: CETA, TTIP und Co. müssen transparenter und demokratischer werden!



Die von mir geleitete Enquete zur Handelspolitik der EU ist am vergangenen Freitag auf großes Interesse gestoßen. Rund 120 TeilnehmerInnen fanden sich im Abgeordnetensprechzimmer des Nationalrats ein. Diskutiert wurde über die Fehler und Mängel der aktuellen Handelspolitik und darüber wie alternative Ansätze aussehen könnten.

Hauptkritikpunkt an der aktuellen Handelspolitik war die mangelnde Transparenz. Die vollkommen unzureichende Information der Parlamente und der Öffentlichkeit über die Verhandlungen verstoße gegen demokratische Grundsätze. Einig waren sich die DiskutantInnen auch in ihrer Ablehnung gegenüber möglichen Schiedsgerichten für internationale Investoren. Diese würden die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten der Parlamente einschränken und ein 2-Klassen-Rechtssystem etablieren. Auch internationale Investoren hätten demokratische Entscheidungen zu

respektieren. Für Klagen stünden ihnen, wie jedem anderen auch, erstklassige Rechtssysteme in Europa den USA und Kanada zur Verfügung.

Als Alternative zur bestehenden Handelspolitik wurde eine Politik eingefordert, die nicht mehr länger alles dem wirtschaftlichen Interesse unterordnet, sondern die Belange von Umwelt, Sozialem und Gesundheit, von VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen ein größeres Gewicht in den Verhandlungen gibt. Einige Beachtung fanden auch Vorschläge, um die internationale Handelspolitik demokratischer und rechtsstaatlicher zu gestalten. Anstelle von undurchsichtigen Schiedsgerichten könnte bspw. ein vernünftiger internationaler Handelsgerichtshof geschaffen werden. Vor dem könnten dann nicht nur Staaten und Unternehmen einander klagen, sondern z.B. auch Minderheiten, indigene Völker oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn sie durch die Geschäfte internationaler Wirtschaftsakteure geschädigt wurden. Eine weitere Überlegung ist die Einrichtung eines Parlaments für die WTO gewesen. Handelspolitische Entscheidungen könnten in diesem Parlament öffentlich diskutiert und demokratisch beschlossen werden.

Situation im Nordirak



Am 9. Oktober habe ich mich mit dem Vertreter der kurdischen Regionalregierung Dr. Mustafa Ramazan getroffen, um über die schlimme Lage im Nordirak und in Syrien zu sprechen. Dr. Ramazan berichtete, dass es den irakischen Kurden gelungen sei, den IS im Nordirak zurückzudrängen. Allerdings fänden noch immer Kämpfe an der Grenze der Autonomen Republik Kurdistan statt. Sorgen bereiten zudem die vielen Minen, die der IS vor dem Rückzug in dem Gebiet installiert habe.

Eine weitere Herausforderung für die Kurden stellten die 1,4 Mio. registrierten Flüchtlinge dar – bei einer Bevölkerungszahl von insgesamt 5 Mio. Diese Flüchtlinge müssten vor dem herannahenden Winter ausreichend mit Unterkünften, Kleidung, Medizin und Verpflegung versorgt werden. Das könnten die Kurden nicht alleine stemmen. Dr. Ramazan bat daher vor allem auf dem Gebiet der humanitären Hilfe um mehr Unterstützung.

Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Genf

Vom 3. – 5. Oktober kamen in Genf knapp 200 Abgeordnete aus über 50 Staaten zu Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zusammen. Die Tagung stand unter dem Motto „Neue Sicherheits Herausforderungen: Die Rolle der Parlamente“. Im Vordergrund stand natürlich der Konflikt um die Ostukraine, in der die OSZE selbst vermittelnd tätig ist.

Zwar herrschten in dieser Debatte grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten – insbesondere zwischen der ukrainischen und russischen Delegation über Gründe, Ursachen und Lösungen für den Konflikt vor. Der Vorschlag einer trilateralen Kontrolle der russisch-ukrainischen Grenze traf unter den Abgeordneten aber auf breite Zustimmung. Neben dem Ukraine Konflikt standen aber auch weitere Sicherheitsherausforderungen auf der Tagesordnung, etwa die Konflikte in Syrien und Irak, der Umgang mit Naturkatastrophen und den Folgen des Klimawandels sowie die Verletzungen des Völkerrechts durch private Sicherheitsfirmen. Nähere Informationen hierzu könnt ihr auf der folgenden [deutschsprachigen Seite](#) der OSZE einsehen.

Arbeitsbesuch in Berlin



Am 25. September war ich gemeinsam mit Klubobmann Andreas Schieder, Finanzsprecher Jan Krainer, Rechnungshofsprecher Elmar Mayer und Gesundheitssprecher Erwin Spindelberger in Berlin, um mit Spitzenvertretern der SPD-Bundestagsfraktion zusammenzukommen. Der Besuch ist Teil der Initiative zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den parlamentarischen Fraktionen von SPÖ und

SPD. Mitte September war bereits Norbert Spinrath, europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, in Wien bei einem Arbeitsgespräch mit Andreas Schieder und mir gewesen.

In Berlin habe ich neben dem Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann auch den außenpolitischen Sprecher der SPD Nils Annen und den stellvertretenden europapolitischen Sprecher Axel Schäfer getroffen. In den Gesprächen ging es vor allem darum, unsere Positionen zur Ukraine-Krise, zu Syrien/Irak und zu aktuellen EU-Themen, wie den Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) auszutauschen. Wie gewinnbringend so ein Austausch sein kann, zeigt das folgende [Video](#): der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel erwähnte noch am selben Tag in seiner Rede vor dem Bundestag unseren [Entschließungsantrag](#) vom 24. September, der unsere roten Linien für Freihandelsabkommen festlegt.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at